

Referat am KMU SWISS EVENT FORUM 2006

Mehr KMU – weniger Staat

von Nationalrat Peter Weigelt
St.Gallen / Baden, 18. Mai 2006

Von der Sündenbock-Strategie zur allgemeinen Verunsicherung

Am Beispiel des Jahres 2000

- | | |
|------------------------------------|---------|
| – Der Fall „Aliesch“ (WEF) | Januar |
| – Der Fall „Hess“ | Februar |
| – Der Fall „Honegger“ (Swissair) | Februar |
| – Der Fall „Lalive d'Epinay“ (SBB) | März |
| – Der Fall „Affolter“ (Kuoni) | April |
| – Der Fall | |

... ABB, CS, Zürich, Rentenanstalt, Post, Tornos, Gretag,
NAW, BZ Bank, Swiss Dairy Food

Veränderte Wahrnehmung prägt Profil der Wirtschaft

Früher galt für öffentliche Ämter „Amt und Würde“,
heute heisst es „Amt als Bürde“

Früher stand Unternehmertum für „Verantwortung
und Risikobereitschaft“, heute heisst die Parole
„Prestige statt Praxis“

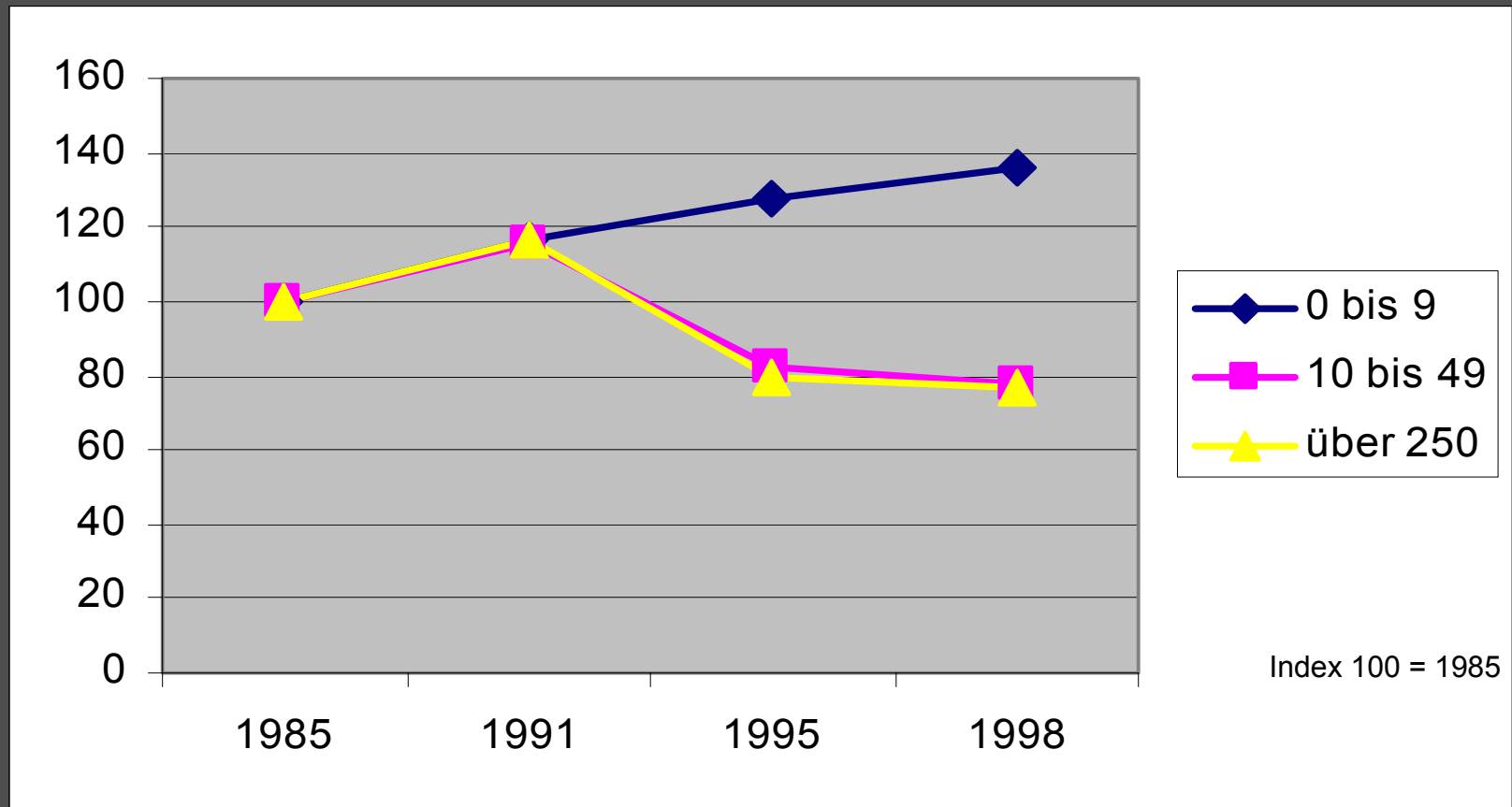
Früher stand Wirtschaft für gewerbliche Strukturen,
heute nur noch für die mediale Konzernwirtschaft.

Wer aber ist die Wirtschaft, wer sind die Unternehmer?

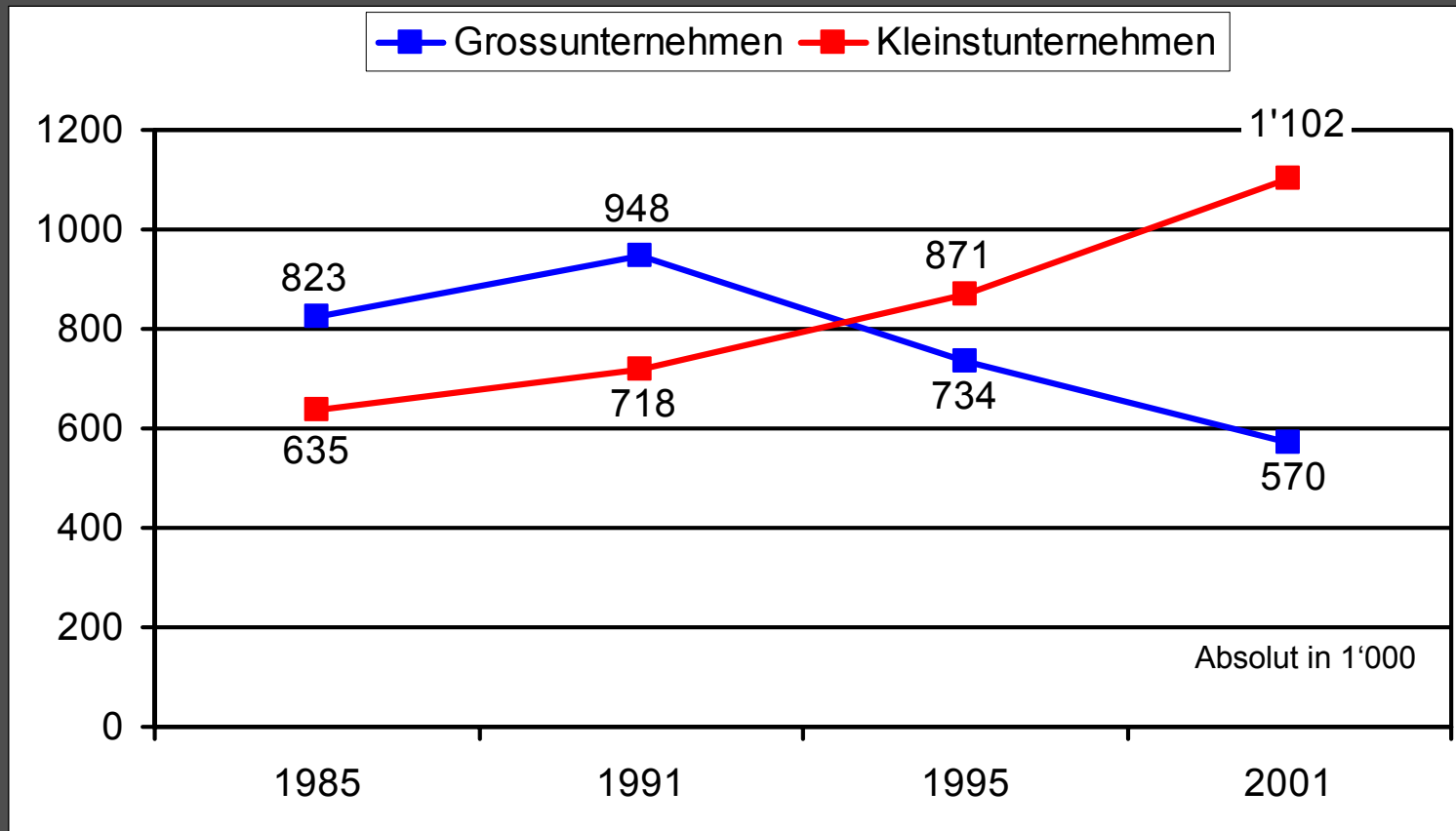
Die Struktur unserer Wirtschaft wird durch die kleinen und mittleren Unternehmen geprägt, welche

- 99% aller Firmen stellen
- 85% der Erwerbstätigen beschäftigen
- und rund 70% unseres Bruttoinlandproduktes erwirtschaften

Entwicklung der durchschnittlichen Unternehmensgrösse (Anzahl Betriebe Index)



Entwicklung der durchschnittlichen Unternehmensgrösse (Beschäftigte absolut)

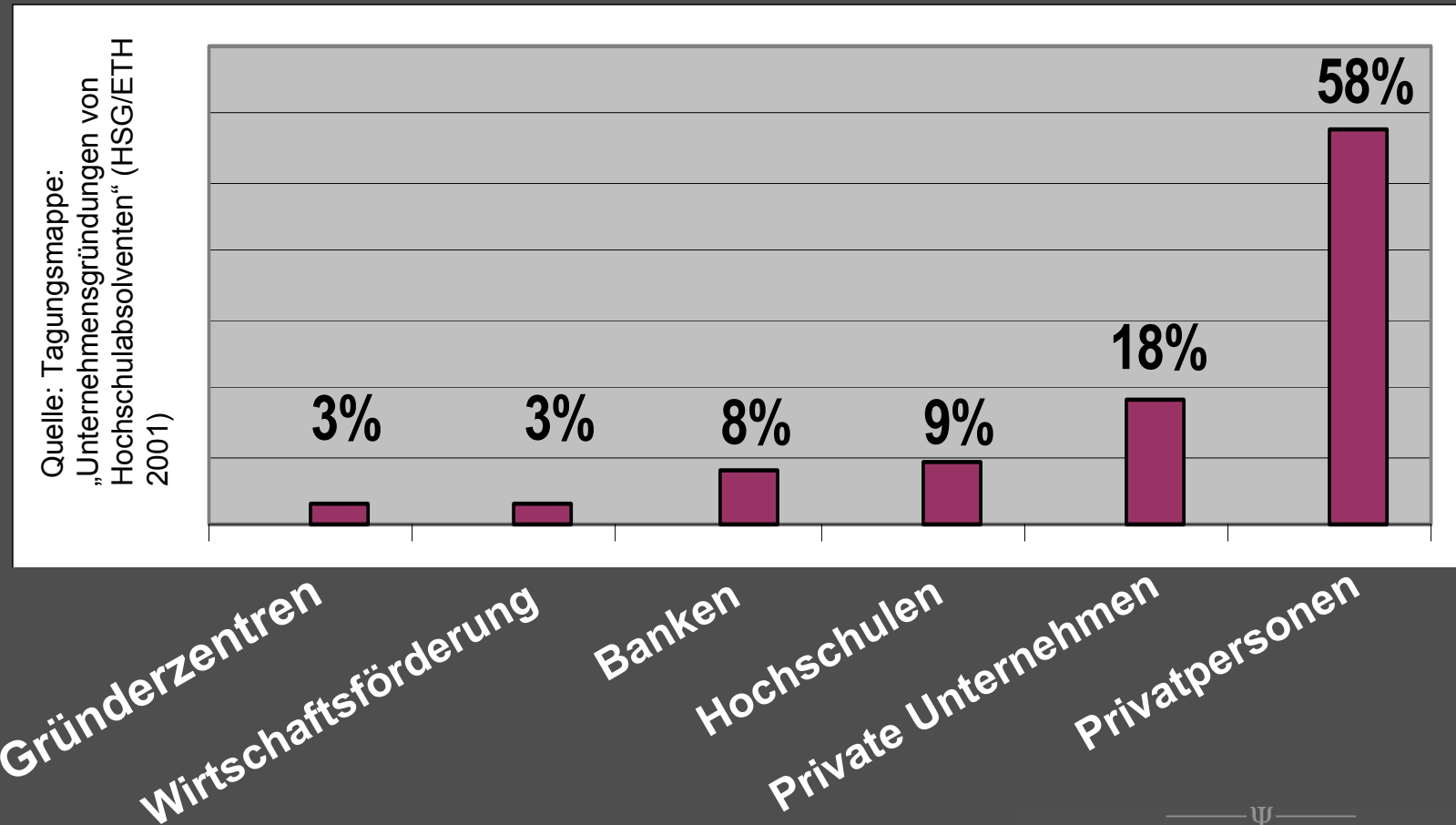


Quelle: Bundesamt für Statistik

Gründe für die Gründung eines eigenen Unternehmens

1. Chance zur Selbstverwirklichung (19%)
2. Bedürfnis nach Selbstbestimmung (18%)
3. Es bot sich eine gute Gelegenheit (13%)
4. Innovation / eigene Marktidee umsetzen (8,3%)
-
7. Höheres Einkommen durch Selbständigkeit (7,1%)
-
10. Gute Unterstützung erhalten (3,3%)

Unterstützung bei Gründung erhalten Jungunternehmer von ...



Was unternimmt die Politik, um diesem Umfeld Rechnung zu tragen?

Die Kernbereiche bürgerlicher Politik, welche immer auch Wirtschaftspolitik ist, sind

- **Gewährleistung von Eigenverantwortung**
- **Motivation zu persönlichem Engagement und Risiko**
- **Reduktion von Staatseinfluss und Bürokratie**
- **Abbau der Steuer- und Abgabenlast**
- **Belohnung von Leistung und Erfolg**

Was unternimmt die Politik, um diesem Umfeld Rechnung zu tragen?

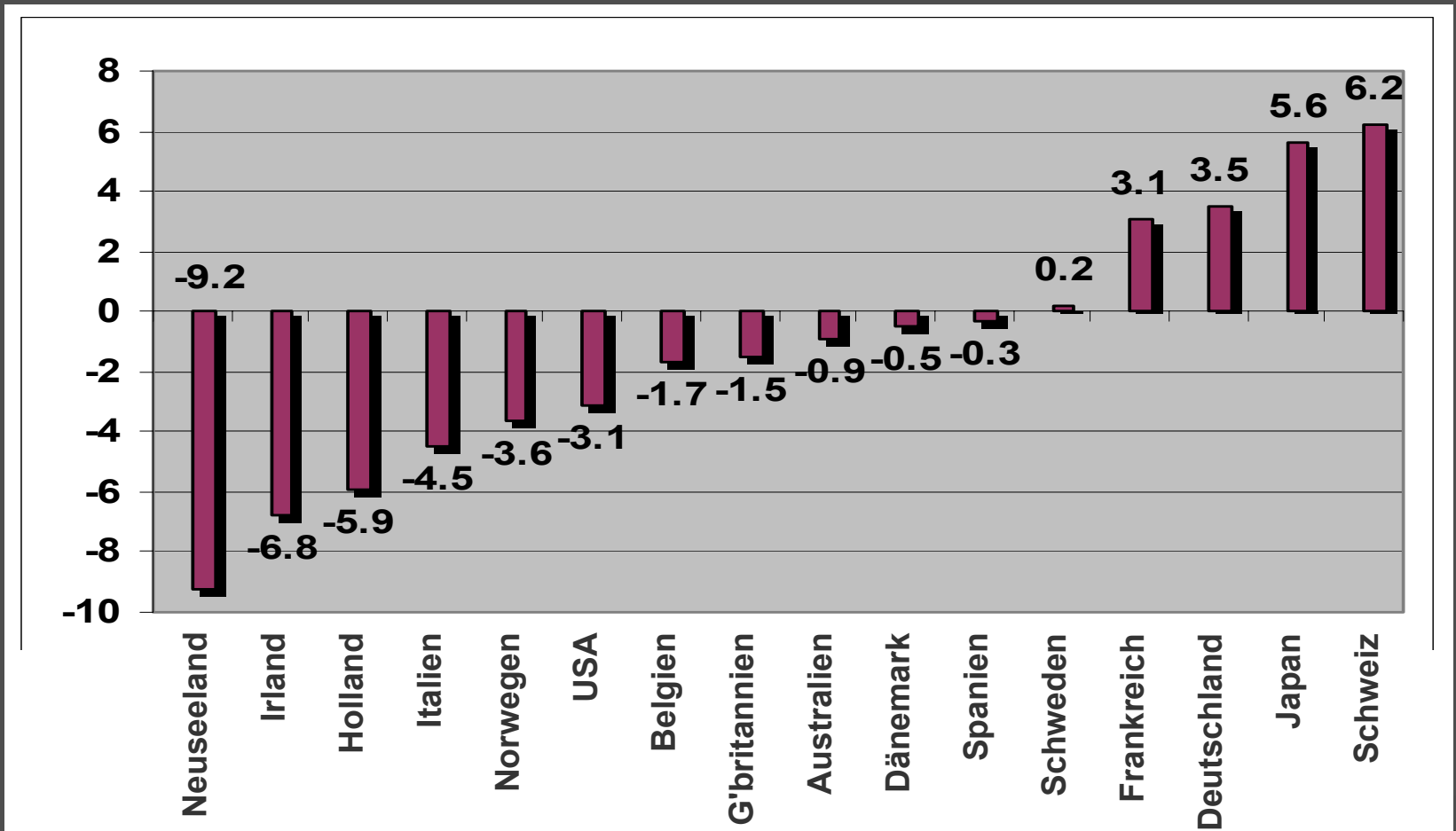
Und wie sieht die Realität aus?

Wir führen zunehmend ein Leben in „Halb-Freiheit“

Offiziell weist die Schweiz eine Fiskalquote von 35% aus. Addiert man alle weiteren Abgaben mit obligatorischem Charakter (Pensionskasse, Krankenversicherung, Familienausgleichskasse etc.) dazu, so ergibt sich eine Zwangsbelastung von rund 50% der privaten Einkommen.

Ein Gemeinwesen, das die Hälfte der privaten Einkommen konfisziert, schränkt den eigenverantwortlichen Handlungsspielraum massiv ein und trifft damit den produktiven Mittelstand in seiner Grundmotivation.

Veränderung der Staatsquote zwischen 1990 und 1998 (in Prozentpunkten)

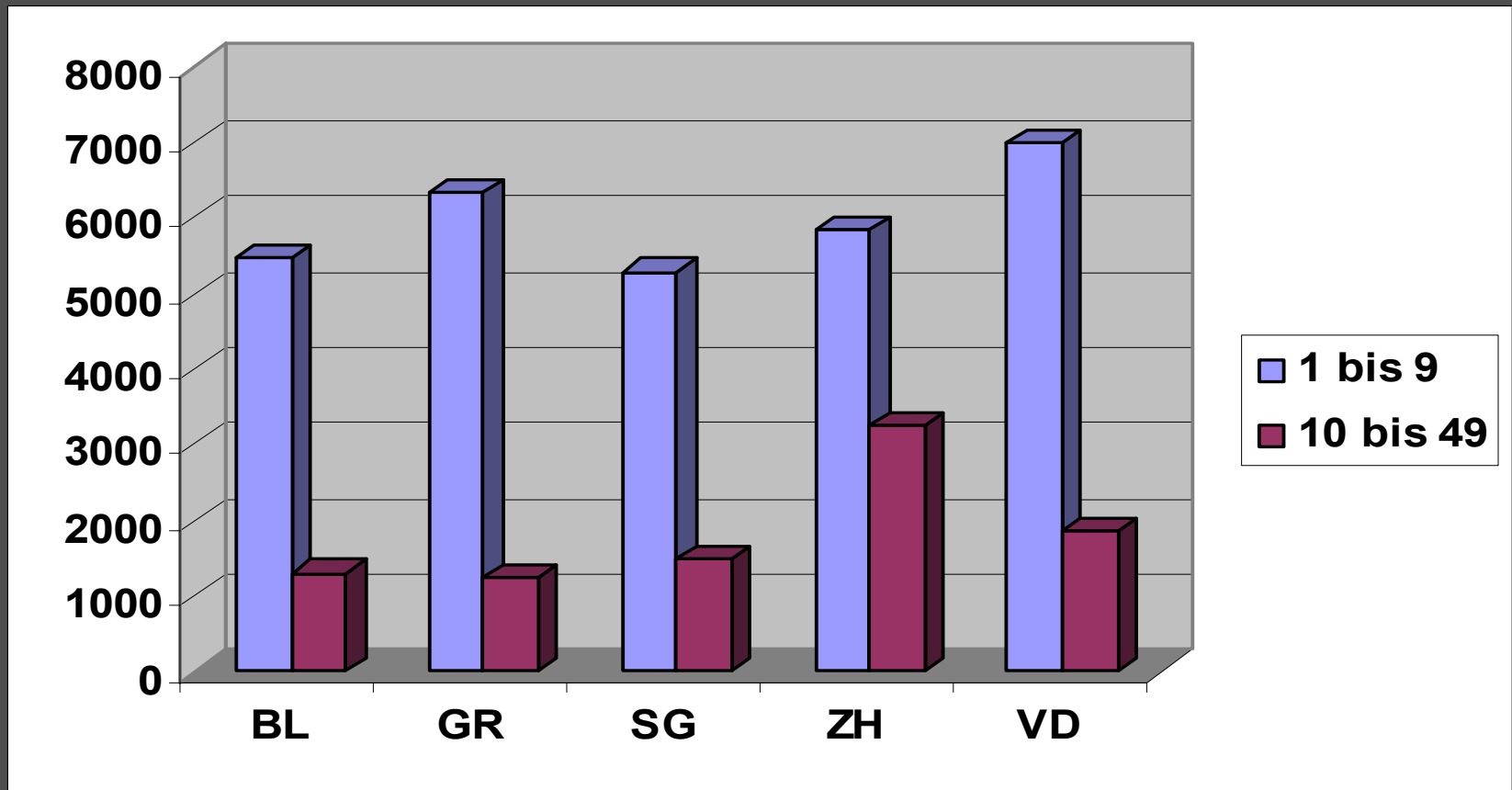


Explodierende administrative Belastung der KMU

Die schweizerischen KMU wenden pro Monat im Durchschnitt rund 55 Stunden für die Erfüllung staatlicher Vorschriften auf. Monetär betrachtet fallen je nach Kanton jährliche Gesamtkosten von Fr. 22'000 bis Fr. 40'000 an.

Die Aufwendungen stiegen von 369 Stunden im Jahre 1985 auf 654 Stunden im Jahre 1998. Eine rekordverdächtige Zunahme von 80% in rund 13 Jahren!

Administrative Belastung von KMU: Gesamtkosten pro Mitarbeiter in CHF



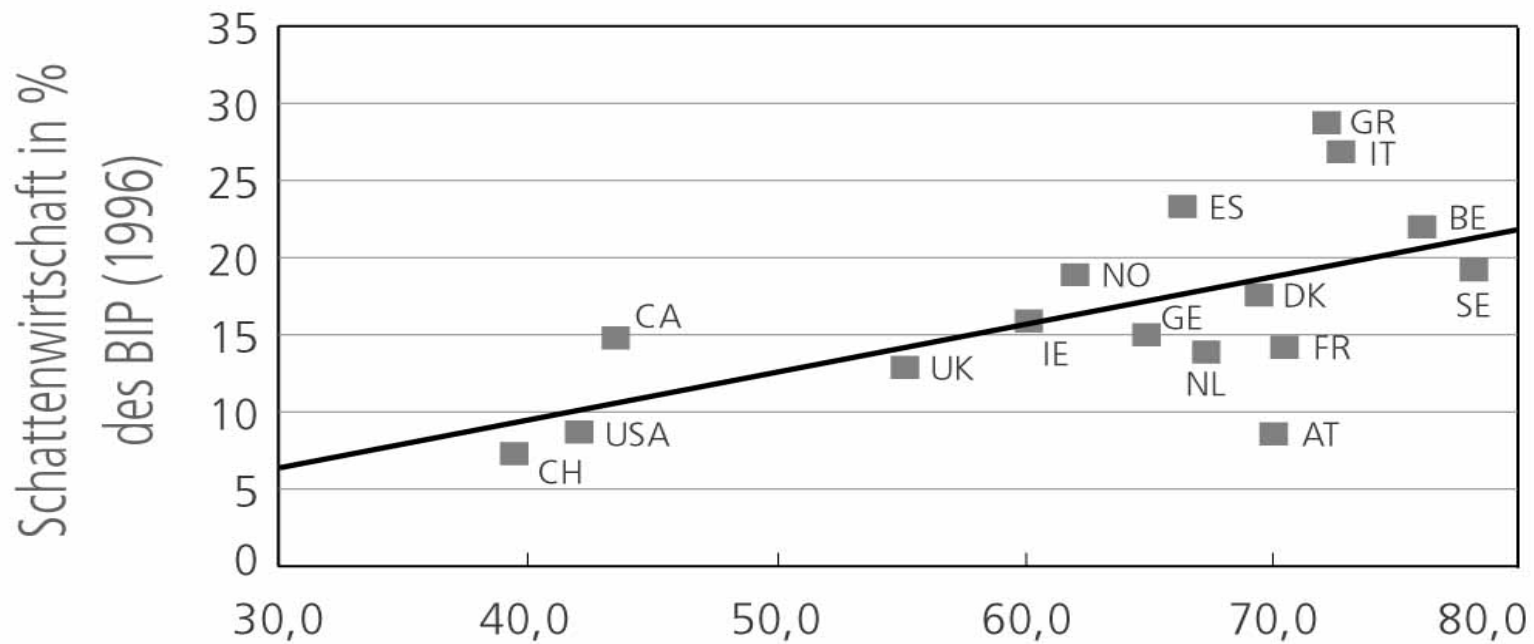
Quelle: Müller Christoph A.; admin. Belastung der KMU

Die wachsende Schattenwirtschaft, eine zwangsläufige Konsequenz?

Die Schattenwirtschaft erreichte in der Schweiz 2001 einen „Umsatz“ von 37 Mia. Franken (9,3% des BIP). Damit steht die Schweiz im internationalen Vergleich relativ gut da (Griechenland 28,7%, Italien 27%, Deutschland und Frankreich 16%).

Im Zeitraum seit 1980 betrug die Zunahme in der Schweiz 90%! Und das Volumen der Schattenwirtschaft weitet sich stetig weiter aus.

Der Einfluss der Steuerlasten auf das Ausmass der Schattenwirtschaft



*Gesamte Steuerlasten (inkl. Sozialversicherung) in %

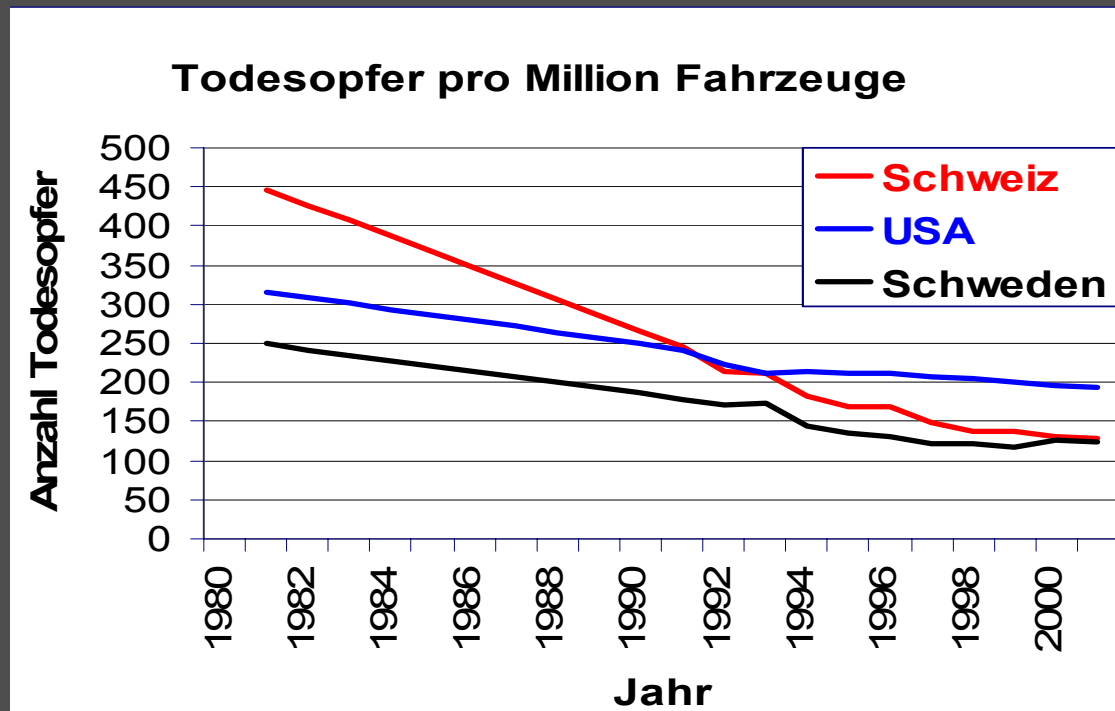
Die Atomisierung der Wirtschaft provoziert einen Vollzugsnotstand

Die Revisoren von AHV und Mehrwertsteuer sowie die Kontrollorgane der Steuerbehörden und Polizeiverwaltungen geraten mit der weiteren Atomisierung der Unternehmensgrössen in einen Vollzugsnotstand.

Die Kontrolle von 3 Unternehmen mit je 30 Mitarbeitern ist mit einem vertretbaren Aufwand zu bewerkstelligen. Ob dies auch für die Überwachung von 30 Unternehmen mit je 3 Mitarbeitern gilt, ist zu bezweifeln.

Nullrisiko-Mentalität führt zum Stillstand

In der Verkehrspolitik will das UVEK mit einer „Vision Zero“ die Verkehrsunfälle auf ein absolutes Minimum beschränken und sieht dafür unzählige neue Vorschriften und Einschränkungen vor.



Vision Zero der Eidg. Bankenkommission?

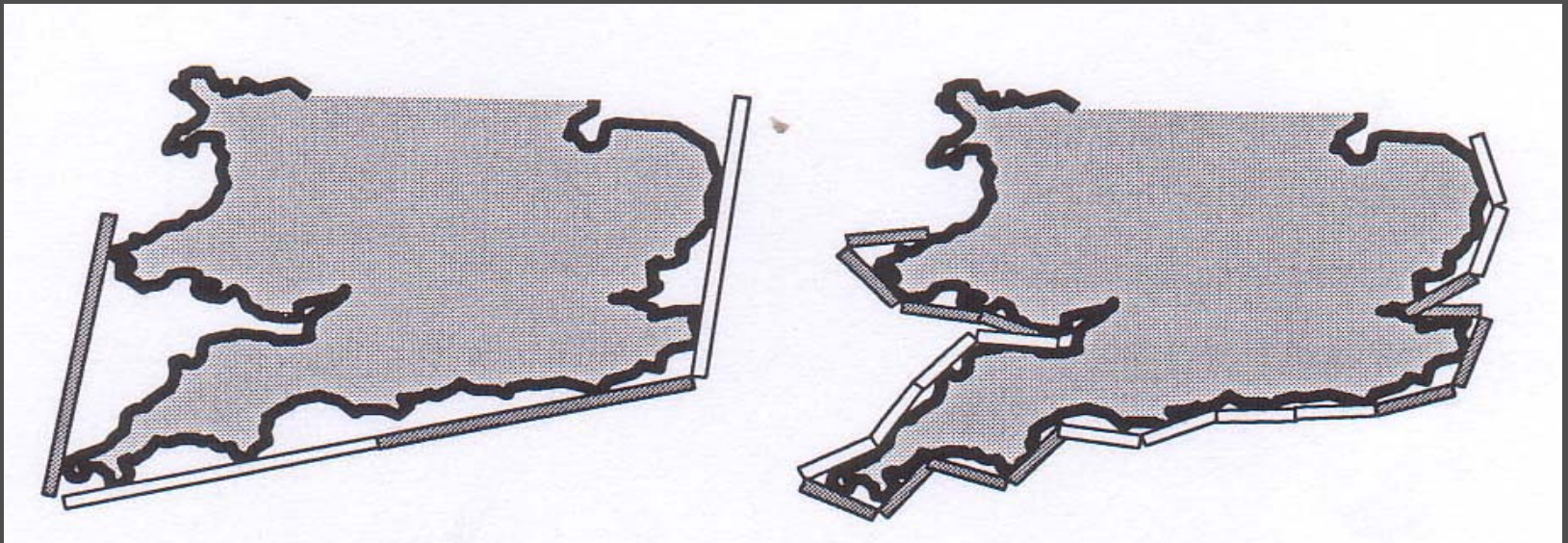
"Vision Zero" ist nicht nur eine Zielvorstellung des hiesigen Verkehrsministers, sondern auch der Eidg. Bankenkommission. Man stellt sich vor, auf alle Zeiten hinaus einen "sauberen" Finanzplatz schaffen zu können. Dazu werden

- Buchhaltungsstandards werden angepasst,
- Regelwerke zur Corporate Governance geschrieben,
- Zulassungsregeln für Börsen revidiert
- unter dem Stichwort "Basel II" Bankschuldner systematisiert
- mit über 30 Regulierungsprojekten allein im Bankenbereich
-

Kampf der Genauigkeit oder wie lang ist Englands Küste?

Im Jahre 1967 veröffentlichte der Mathematiker Benoit Mandelbrot einen bahnbrechenden Artikel über die Frage, wie lange denn die Küste von England wirklich sei.

Eine einfache Frage? Mitnichten.



Lösungsansätze im Kampf gegen den Regulierungswahn

- Abkehr von der Null-Toleranz-Politik (Bagatellregelungen)
- Mut zur Lücke – Konzentration auf strategische Problemstellungen (Geldwäscherei, Potentatengelder, Terrorismusfinanzierung, internationale Amtshilfe)
- Kosten-Nutzen-Analyse für jedes regulatorische Vorhaben
- Differenziertes Instrumentarium für unterschiedliche Ansprüche/Möglichkeiten (übertriebener Gerechtigkeitssinn)
- Abstand nehmen vom Prinzip Aktion – Reaktion
- Weniger hindern – statt mehr fördern!

Die zentrale Forderung heisst: Reprivatisierung der Verantwortung

In einer durch globale Konkurrenz geprägten Welt werden nur Staatswesen bestehen, welche die Leistungsbereitschaft der kleineren und mittleren Unternehmen durch den Abbau staatlicher Interventionen fördern. Dies setzt das Vertrauen in die Mündigkeit der Bürger voraus.

Wir brauchen eine Reprivatisierung der Verantwortung.

Das Links-Mitte-Rechts-Schema als Orientierung in der Politik

